GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG VI. APRILIE / AVRIL / APRIL 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 4

Zwiespältige Mentalität.

Ein Beitrag zur Charakteristik der nationalen Krise.

von **Dr. Ewald Ammende**

Generalsekretär der europäischen Nationalitäten-Kongresse.

In der kürzlich erschienenen ersten Nummer des Bulletins für Minderheitenfragen der Völkerbundligenunion — es soll jetzt regelmässig herausgegeben werden — macht der Vizepräsident der Union, Sir Willoughby Dickinson, die Feststellung, dass infolge der offenen Erklärung von Seiten der italienischen Regierung, das Vorgehen gegen die Deutschen und Slowenen Italiens sei auf eine „Italienisierung" gerichtet, heute eine Krise in der Nationalitätenfrage bestehe. Er charakterisierte sie mit den folgenden Worten: „Wenn solch eine Politik tatsächlich in Wirkung bleibt, so muss sie zu Revolten und Kriegen führen". Sir W. Dickinson hat in der ihm eigenen mutigen Weise hier das zum Ausdruck gebracht, was auf dem dritten Genfer Nationalitätenkongress den Inhalt einer an den Völkerbund gerichteten Kundgebung bildete. Auch damals wurde der Standpunkt vertreten, dass infolge der brutalen Entnationalisierung in Italien heute eine Krise für den Frieden in Europa und speziell für den Völkerbund bestehe.

Bekanntlich hat der Völkerbund auf seiner dritten Vollversammlung im Herbst 1922 in Form einer Resolution den Wunsch geäussert, alle Staaten, die Mitglieder des Bundes sind, also auch solche, für die keine Schutzverträge bestehen, sollten ihren Minderheiten freiwillig die gleichen Rechte einräumen, wie das in den Verträgen vorgesehen ist. Die Grundsätze des Minderheitenrechtes schienen damit ein für allemal zu

den Postulaten des Völkerbundes erhoben. Obwohl diese Resolution auch von Italien gebilligt und anerkannt worden war, setzt die italienische Regierung sich heute, wie man weiss, in der konsequentesten Weise über ihre Bestimmungen hinweg. Ja, sie stellt dem Grundsatz von der nationalen Toleranz ihre eigene These gegenüber – die des Rechtes eines jeden grossen Volkes, seine Minderheiten im Interesse der Einheitlichkeit seiner nationalen Kulturgestaltung kurzerhand zu entnationalisieren. Dabei steht gerade Italien – und darin liegt das Bezeichnende – soweit es sich um die eigenen Volksgenossen im Auslande und nicht etwa die Minderheiten im eigenen Lande handelt, selbst auf dem Boden jener Grundsätze der dritten Völkerbundsversammlung. Es verlangt, dass diese Angehörigen seines Volkes, ganz gleich wo sie leben – in Jugoslavien, Malta, Frankreich oder Tunis – die unbedingte Garantie für ihre national kulturelle Entwicklungsfreiheit erhielten. Dafür nur einige Beispiele:

Auf die Artikel des Berichterstatters des „Manchester Guardian" über die Bedrückung der Deutschen in Südtirol hält das römische „Giornale d'Italia", ein Blatt, das wie alle italienischen Zeitungen Sprachrohr des Faschismus ist, dem englischen Blatt nichts anderes als die „Verengländerung" der italienischen Bevölkerung auf Malta entgegen. Doch noch charakteristischer ist ein anderer Fall. Bekanntlich leben im Süden Frankreichs – von den französischen Kolonien ganz abgesehen – viele Hunderttausende von Italienern. Frankreich wünscht nun, dass diese vielfach bereits seit Generationen dort ansässigen und daher bodenständigen Italiener in den französischen Staatsbürgerverband übertreten. Wohl um nicht inkonsequent zu erscheinen, verlangt Italien demgegenüber für seine Volksgenossen in Frankreich nicht etwa „Minderheitenrechte", sondern, dass sie italienische Staatsbürger bleiben sollen. Im praktischen Nutzeffekt läuft das darauf hinaus, dass Italien hinsichtlich seiner im Auslande bodenständig gewordenen Volksteile ganz bedeutend weitergehende Kontrollrechte und Zusammenhänge beansprucht, als es irgendeinem anderen Staat in Bezug auf seine Konnationalen je getan hat. Dass es sich hier formal um Fremden – und nicht um Minderheitenrecht handelt, ändert am Wesen der Sache gar nichts. In den demnächst zwischen Italien und Frankreich stattfindenden Verhandlungen soll diese Ange-

legenheit einen besonderen Verhandlungsgegenstand bilden. Es ist von Interesse, wie Senator Dr. Benedetto Cirmeni nun den italienischen Standpunkt im einflussreichsten Blatte eines mit Italien befreundeten Landes („Pester Lloyd" vom 12. Jänner 1928) motiviert. Er äussert: „Es begreift sich von selbst, dass jeder freie und unabhängige Staat absolut Herr im eigenen Haus ist, mithin kein fremder Staat Einsprache gegen eine Aktion erheben kann, die darauf abzielt, dass die in Frankreich und seinen Kolonien ansässigen fremden Staatsangehörigen französische Staatsbürger werden sollen." Cirmeni beweist nun, dass es sich hier für Frankreich um einen Ausnahmefall handelt. „Wollen wir von dem viel missbrauchten Argument der Brüderlichkeit, der gemeinsamen Abstammung, der religiösen und Gefühlsgemeinschaft und dem ganzen übrigen Zubehör der „lateinischen Schwesternschaft" absehen", – schreibt er – „doch sollte man sich darüber nicht so leicht hinwegsetzen, dass Italien im Weltkriege Frankreich bei zwei Gelegenheiten gerettet hat, – einmal durch seine Neutralitätserklärung bei Kriegsbeginn, die Frankreich in die Lage versetzte, sich mit seiner ganzen bewaffneten Macht gegen Deutschland zu werfen und das andere Mal durch den Eintritt Italiens in den Krieg in einem für die Ententeheere kritischen Zeitpunkt." Aus dieser Feststellung ersieht man: Italien, das zu Hause die Angehörigen fremder Völker, obwohl sie dort bereits seit Jahrhunderten leben, aufs konsequenteste entnationalisiert, verlangt unter der fadenscheinigen Motivierung, dass alle in Frankreich lebenden Italiener zwecks Wahrung ihrer national kulturellen Individualität, auch wenn sie dort schon lange bodenständig sind, italienische Staatsbürger bleiben sollen.

Hier haben wir es mit einem geradezu klassischen Fall jener zwiespältigen Mentalität zu tun, die für die eigenen Volksgenossen im Auslande an Rechten alles fordert, gleichzeitig aber die Existenz von nationalen Minderheiten im eigenen Staate nicht dulden will. Studiert man die Geschichte der Kriegs und Vorkriegsjahre, so wird man feststellen müssen, dass diese Art von Mentalität, die am besten durch den Satz: „Was mir erlaubt ist, ist den anderen verboten" charakterisiert wird, gewissermassen die Grundlage des Vorkriegsimperialismus und entsprechend einer der wesentlichsten Gründe zur Vergiftung der Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten und -völkern war.

Leider besteht diese zwiespältige Mentalität heute nicht nur in Italien, sondern bis zu einem gewissen Grade auch in den meisten anderen europäischen Ländern. Gewiss, nirgends anderwärts geht heute eine so offen und mit allen Mitteln konsequent durchgeführte Unterdrückung der Minderheiten vor sich, als in Italien, aber – und darüber sollte nicht mehr geschwiegen werden – die Zahl der Staaten, die es über sich gebracht haben, ihren Nationalitäten eine in der Tat befriedigende Kultur- und Organisationsmöglichkeit zu geben, etwa wie Estland durch die Kulturautonomie, ist immer noch eine sehr kleine. Das gilt speziell auch von denjenigen Staaten und Völkern, die mit Rücksicht auf ihre im Auslande lebenden Volksgenossen in einem ganz besonderen Masse am Minderheitenproblem interessiert sind. Wohl fordern sie für diese auswärtigen Volksangehörigen die allerweitgehendsten Rechte, in der praktischen Durchführung dieser Grundsätze bei sich zu Hause wollen sie – gelinde ausgedrückt – meist nur langsam vorwärtsschreiten. Immer wieder treten, oft allerdings infolge von lokalen Schwierigkeiten in den Grenzgebieten, Hemmungen ein, die erfahrungsgemäss nur unter Aufbringung einer grossen Energie überwunden werden können. Dass dieser Zustand – das Fordern nach aussen hin und das Versagen im Innern – die Entwicklung zur allgemeinen Regelung des Nationalitätenproblems im hohen Masse aufhält, braucht wohl nicht ausgeführt zu werden, denn es fehlt jetzt der Ansporn zu seiner Lösung, ein Ansporn, der vielleicht von einer entscheidenden Wirkung wäre.

Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich denn auch, warum dem Zustandekommen der Genfer Nationalitätenkongresse eine grosse, praktische Bedeutung beizumessen ist. Vielleicht das Wertvollste an ihnen ist eben die Tatsache, dass sich auf ihnen die Delegierten der allerverschiedensten völkischen Gruppen zu einer Arbeits- und Interessengemeinschaft verbunden haben – einer Gemeinschaft, die für die Anerkennung der nationalen Entwicklungsfreiheit kämpft, diesen speziell auch, soweit es sich um die eben erwähnte zwiespältige Mentalität der Stammvölker handelt. Schreiber dieser Zeilen kann es Dank seiner Stellung inmitten aller nationalen Gruppen bestätigen, dass sämtliche am Kongress beteiligte Minderheiten diesen Standpunkt auch ihren Muttervölkern gegenüber in der allerkonsequentesten Weise vertreten. Gerade darum ist er hier

zur Feststellung berechtigt, dass die Stellungnahme der Minderheiten und ihrer Führer, wenn sie wirksam sein soll, auch von der öffentlichen Meinung der Mehrheitsvölker unterstützt werden müsste. Der Kampf gegen die zwiespältige Mentalität der Vorkriegsjahre, den die Nationalitäten heute führen, bedarf eben einer moralischen Unterstützung aller jener, die es ernst mit einer Verständigung zwischen den Staaten und Völkern Europas meinen. Man sollte sich nur vergegenwärtigen, dass die Herbeiführung eines Umschwunges in der soeben charakterisierten Mentalität vielleicht bedeutsamer ist, als das Zustandekommen der vorteilhaftesten Wirtschaftsabkommen unserer Tage. Wozu es kommen muss, wenn der gegenwärtige Zustand der Ungelöstheit des Nationalitätenproblems auch weiterhin bestehen bleibt, wird man am allerbesten aus dem folgenden Beispiel ersehen: In einem der südosteuropäischen Staaten müssen in Anbetracht des Umstandes, dass im Nachbarlande ein Entnationalisieren der dort lebenden Volksgenossen erfolgt, Tausende von Rekruten täglich aus ihren Lehrbüchern lernen, dass das betreffende Nachbarland ein Feind ist, von dem es die unterdrückten Brüder zu befreien gilt. Dieses nur ein Beispiel. Sollte man sich da noch wirklich wundern, wenn es trotz der internationalen Beschwichtigungsmethoden in irgendeiner Ecke Mittel- oder Osteuropas plötzlich zu brennen beginnt?

Das Streben zur Aufgabe der zwiespältigen Mentalität — zur loyalen Lösung des Nationalitätenproblems, wie die Genfer Nationalitätenkongresse es verkörpern, liegt somit zweifellos im Interesse aller europäischen Staaten und des friedlichen Ausgleiches zwischen ihnen. Es verdient daher auch die Unterstützung aller jener, die sich ehrlich nach einem Frieden des Kontinentes sehnen.

Chestia cultelor în România.

— Discursul d-lui Elemer Gyárfás în Senat la 21 Martie 1928 —

Domnule președinte, domnilor senatori! Înainte de ce aș întra în examinarea și desvoltarea chestiunilor, cari sunt în legătură strânsă cu proiectul de lege de față, cred că e datoria mea cavalerească ca să fac o declarațiune în numele tuturor minorităților, fără deosebire de confesiune și de naționalitate.

Domnilor senatori, dela întrarea noastră în viața publică a României, am găsit și am simțit totdeauna din partea ministerului cultelor o bunăvoință netăgăduită și necontestată. Aceasta trebue s'o recunoaștem.

După iscălirea tratatului de pace, când d-l Goga a fost titularul ministerului Cultelor, s'a inaugurat la acest departament un regim, care este hotărît binevoitor față de noi, regim care a fost menținut și prin urmașii d-sale, domnii miniștrii Banu, Lapedatu și Goldiș. În adevăr, toți acești domni miniștrii, cât și colaboratorii lor, totdeauna s'au ocupat cu deplină bunăvoință și încredere cu chestiunile noastre. Pe când, pe de altă parte, din partea ministerului Instrucțiunii Publice am suferit în nenumărate rânduri nespus de mult, încât am fost nevoiți odată să cerem chiar sprijinul și să alergăm la Liga Națiunilor. (Întreruperi.)

O voce: Rău ați făcut!

D-l P. Gârboviceanu: Nu vă supărați, dacă vă întrerup. D-l ministru al Cultelor nu se poate amesteca în biserică, iar domnul ministru al școalelor trebue să se amestece în școală. (Aplause).

D-l Elemer Gyárfás: Îmi pare foarte rău, d-le Gârboviceanu, că trebue să declar, că pe când pe deoparte am avut totdeauna deplină bunăvoință din partea ministerului Cultelor, tratamentul nostru din partea ministerului Instrucțiunii Publice și în politica școlară este și astăzi atât de greu și de ofensător, încât cu inima foarte tristă îl putem suporta și nu știm nici astăzi, cum să ne apărăm față de acest procedeu.

D-l P. Gârboviceanu: Din 19 puncte cerute de dumnealor — eu, care am fost în delegațiune, o pot spune — 17 puncte au fost admise și dumnealor s'au declarat mulțumiți.

D-l Elemer Gyárfás: D-le Gârboviceanu, dați-mi voie. Eu nu vreau ca acum, la discuțiunea legii cultelor, să mă ocup prea mult cu chestiunea școlară. Va veni legea învățământului secundar, când voi avea ocaziune să vă arăt, că plângerile noastre în această chestiune sunt pe deplin întemeiate.

Domnilor senatori, trebue să recunoaștem și faptul, că în pregătirea acestei legi — și dacă nu la început, totuș mai târziu — am fost ascultați și că d-l ministru al Cultelor ne-a dat prilejul să expunem cerințele noastre și că întrucât a fost cu putință, cerințele noastre au fost luate în considerare.

Dar totuş această bunăvoinţă nu a fost suficientă ca să se rezolve toate problemele noastre şi să fie alcătuit un proiect de lege, care să fie satisfăcător.

Domnilor senatori, am situaţiunea foarte grea, că sunt singurul reprezintant politic al minorităţilor maghiară şi germană, şi prin urmare sunt silit să expun vederile tuturor cultelor, cultului protestant, cât şi a catolicilor din nouile ţinuturi. Prin urmare, voiu expune mai întâi punctele de vedere minoritare generale, şi după aceea voiu expune ca reprezentant al bisericei catolice din Transilvania, din încredinţarea organizaţiunii noastre de acolo, şi câteva puncte de vedere, cari privesc numai catolicismul.

D-l P. Gârboviceanu: Dar d-l Dr. Makkai pe cine a reprezentat ieri?

D-l Elemer Gyárfás: D-l Dr. Makkai este reprezentantul oficios al bisericei calvine şi a fost încredinţat din partea celorlalte culte protestante să facă o declaraţiune comună. Şi eu sunt încredinţat din partea tuturor cultelor minoritare să expun vederile lor pe terenul politic al chestiunei.

D-l Elemér Gyárfás: Domnilor Senatori, am spus că cu toată bunăvoinţa d-lui ministru al Cultelor, nu s'a putut face o lege satisfăcătoare, şi anume din patru motive:

Mai înainte au fost deja aduse, şi au fost deja stabilite câteva principii în Constituţiune şi în legea de organizaţiune bisericească a bisericei ortodoxe, care principii, au împedecat, ca această lege să fie înfăptuită aşa, cum am fi dorit noi. *Principiul egalităţii lipseşte din această lege* şi trebue se lipsească, fiindcă Constituţiunea face distinţiuni între culte declarând pe unul dominant, iar pe celalalt ca având prioritate.

Al doilea motiv pentru care această lege nu ne îndestulează, este *lipsa de încredere* care se vede în acest proiect. Acest punct de vedere a fost eri desvoltat de către episcopul Makkai. Această lipsă de încredere faţă de noi a avut ca consecinţă ca acest proiect să fie saturat cu măsuri poliţieneşti, întroducându-se aci un regim pur poliţienesc.

Al treilea motiv cu care a trebuit să luptăm, au fost *influenţele şi tendinţele extremiste*, pe care le-am văzut atât în comisiunele Senatului, cât şi zilele trecute aici în şedinţă, pe

larg desvoltate în fața onoratului Senat în vorbirea părintelui Ciuhandru și reprezentate în mod pasionant de d-l Turcu.

Al patrulea motiv care a împedecat alcătuirea unei legi satisfăcătoare a fost *nerespectarea trecutului istoric și nerespectarea drepturilor istorice câștigate.* Această mentalitate a fost exprimată prin d-l Prim ministru Vintilă Brătianu, cu cuvintele: „noi nu suntem moștenitorii orișicui". Eu cred că fiecare dintre noi este moștenitorul cuiva, și că trebue să se țină seamă de trecutul lui.

Domnilor Senatori, zilele trecute s'au discutat aci foarte mult *raporturile dintre stat și biserică.* În ceiace privește aceste raporturi, se cunosc mai multe sisteme dintre care trei sunt mai importante.

Primul sistem este sistemul *bisericii de stat* care a existat aci în vechiul Regat. Acest sistem a existat și în Rusia țaristă. El este aplicat și astăzi în Anglia și acest sistem a existat până la războiul mondial și în Austria. Pe lângă acest sistem, care mai există în unele țări, biserica este a statului. Ea are tot sprijinul statului și prin puterea statului se menține. Ea are prepondereanță față de celelalte biserici.

Cel de al doilea sistem este cel al *statului laic.* D-l prim ministru Vintilă Brătianu, are o ideologie pe care o repetă foarte des: „România este un stat laic". Această ideologie vine din Franța, unde s'a declarat pentru prima oară laicismul statului.

Această ideologie a fost aplicată și în Italia înainte de Mussolini. Acuma Mussolini, care cunoaște bine scopurile și necesitățile țărei sale, abandonează acest sistem.

Al treilea sistem, este *sistemul nostru ardelean cu bisericele sale istorice.* Aceasta nu este sistemul statului laic. Statul n'a rupt legăturile sale cu bisericele, ci el le recunoaște și pe temeliile acestor biserici dorește să-și clădească întregul său sistem.

Eu cred că și statul român nu trebue să fie nici aconfesional, dar nici nu trebue să aibă biserică de stat. El trebue să fie creștin și se stea pe temelia și pe temiul cultelor istorice, așa cum stă scris și pe stema României: „nihil sine Deo".

Prin urmare acest sistem al statului laic trebue abandonat odată pentru totdeauna.

Domnilor Senatori, spre a pricepe această concepțiune ardeleană, cu diferite biserici recunoscute trebue să cunoaștem desvoltarea religioasă a Ardealului.

D-l Elemér Gyárfás: Precum știți dv. toți, dela 1000 până 1540, în Ardeal, care era atunci parte intregantă a Ungariei, a existat o singură biserică, aceia catolică.

D l Al. Lapedatu, ministrul cultelor și artelor: Era și biserică ortodoxă, dar nu era recunoscută.

D-l Elemér Gyárfás: Despre aceasta voi vorbi mai târziu, și cred că și Înalții Prelați uniți vor arăta că după concepția noastră, chiar și biserica românească era atunci catolică. (Protestări pe băncile clerului ortodox.)

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor și artelor: Eram schismatici. În toate documentele suntem socotiți ca atari.

I. P. S. S. Mitropolitul Ardealului, Nicolae Bălan: Acceptați versiunea istorică în chestiunea aceasta, domnule senator!

D-l Elemér Gyárfás: Eu vorbesc numai despre minoritățile germane și maghiare, nu vorbesc despre români, căci cred că sunt alții mai chemați decât mine să vorbească în această chestie.

În anul 1540 a murit ultimul rege independent, Ioan Zapolya, și atunci s'a introdus protestantismul în Ardeal, care tot odată cu moartea acestui rege, a devenit independent de Ungaria. Să introdusese luteranismul mai înainte, după aceia calvinismul și în sfârșit unitarismul.

Germanii din Ardeal au adoptat confesiunea luterană iar maghiarii au adoptat mai întâi confesiunea calvină, după aceia au trecut în majoritate la unitari, și în sfârșit au rămas cei mai mulți calvini.

Această eră a ținut dela 1540 până la 1605, adică 64 de ani, până când confesiunea protestantă s'a răspândit în Ardeal și s'a așezat acolo. În 1604 au ajuns pe tronul Ardealului principii protestanți și atunci a venit o eră, care a ținut 86 de ani, până la 1690, când principii Ardealului erau fără deosebire, toți de religie calvinistă, și când această biserica a fost considerată, dacă nu ca biserică dominantă, însă ca biserică marei majorități a Ardealului, pe când sașii au adoptat luteranismul, iar o parte destul de însemnată din maghiari, mai ales secuimea, a rămas credincioasă bisericei sale strămoșești catolice.

În 1690 au întrat Habsburgii din Ardeal și au preluat imperiul asupra Ardealului. Cu preluarea imperiului în 1690 s'a iscălit un contract numit „diploma leopoldianum", în care contract imperatorii austriaci au recunoscut starea de fapt, care

era în Ardeal în chestiune religioasă şi s'au obligat că nu vor turbura această stare de fapt şi vor respecta drepturile câştigate ale patru bisericilor recunoscute.

Am auzit ieri plângeri multe, că s'ar fi făcut violenţe din partea guvernelor faţă de populaţia românească din Ardeal, şi anume din partea Habsburgilor, şi d-l. senator Ciuhandu spunea: că ungurii le-au făcut. Trebue să stabilesc faptul că nu noi ungurii ci guvernul austriac din Viena a protejat atunci în câteva locuri, şi nu chiar în modul cel mai blând tendinţa de recatolizare şi că nu numai români au fost închişi la Kufstein, dar şi un mare număr de maghiari a suferit acolo, iar generalul Bucov a dărâmat nu numai bisericele româneşti, ci tot el a fost acela, care a ucis o mulţime de secui în jud. Ciuc.

Aceasta a fost situaţiunea în Ardeal până la 1867 când s'a înfăptuit unirea Ardealului cu Ungaria. Odată cu declararea acestei uniri Ungaria, legislaţia ungară a recunoscut, precum a recunoscut şi Habsburgii în 1690, drepturile bisericiilor recunoscute istorice...

D-l Elemér Gyárfás: ... drepturile istorice, recunoscute ale bisericilor Ardealului şi egalitatea între aceste biserici.

P. S. S. Episcopul de Roman, Lucian Triteanu: Afară de aceia ortodoxă.

D-l. Elemér Gyárfás: Mă rog, drepturile bisericii ortodoxe au fost recunoscute în 1791. prin art. de lege Nr. 60, care spune din cuvânt în cuvânt, că: biserica orientală neunită de rit grec, care a fost până acum o biserică tolerată, se întăreşte în exerciţiul liber, pe baza acestui articol, aşa că toţi credincioşii acestei biserici să fie dependenţi de episcopi şi aşa mai departe.

Domnilor senatori, în această desvoltare istorică, se vede că cultele istorice sunt concretizările evenimentelor şi desvoltărilor istorice, precum şi dispoziţiilor, necesităţilor sufleteşti şi tradiţiilor strămoşeşti.

Cari sunt consecinţele acestei desvoltări istorice a cultelor din Ardeal? Eu aşi dori să vă atrag atenţiunea asupra următoarelor patru consecinţe:

Intâiu este aceia, că prin această desvoltare istorică *fiecare cult s'a întărit pe bazele sale strămoşeşti, fiecare cult are autonomia sa strămoşească, are drepturile sale câştigate şi asigurate de veacuri.*

A doua consecință a fost o *toleranță reciprocă* și un respect reciproc între credincioșii diferitelor culte; iar pe de altă-parte, d-lor senatori, un devotament și o afecțiune tradițională care de altfel este în strânsă legătură cu susceptibilitatea și sensibilitatea față de orice vătămare.

A treia consecință, este *un interes viu și din partea laicilor pentru chestiunile bisericești* și participarea lor efectivă în toate manifestațiile vieții bisericii, ceiace este necunoscut aci în vechiul regat.

A patra consecință, este o distincțiune absolut clară a rolului bisericii și a cultului în viața publică și privată. Noi, dincolo, nu confundăm niciodată viața publică și viața privată, cu biserica și cu cultul. Noi facem o distincțiune absolut clară și nu introducem nimic în viața privată a familiilor, nu introducem acele diferențe care ne despărțesc în chestiunile bisericești și nici în viața publică noi nu introducem această diferență, ci respectăm totdeauna credința unora și altora.

Domnilor senatori, în cursul desbaterilor la această lege, am văzut cum neînțelegerile în această chestiune au ca sursă împrejurarea, că dvoastră aci, în vechiul regat, ați avut până acum, până la întregirea țării, o singură biserică și prin urmare în concepțiunea dvoastră *confesiunea și naționalitatea sunt identice*, pe când în realitate ele *sunt două lucruri foarte distincte.*

Noi dincolo în Ardeal, am făcut întotdeauna *o distincțiune foarte clară între confesiune și naționalitate.* Ca să luăm de pildă biserica catolică — și aci nici nu vreau să vorbesc de biserica catolică de rit grec, ci numai de biserica catolică de rit latin, care are un milion și jumătate de credincioși — când se vorbește aci de biserica catolică toată lumea crede că este o expoziturâ a tendințelor ungurești, ceeace este greșit, deoarece biserica catolică, ca și în toată lumea, așa nici în Ardeal nu este o biserică națională, astfel încât nici credincioșii bisericii catolice din Ardeal nu aparțin nici unei singure naționalități, ci se împărțesc în două părți: o parte sunt maghiari, altă parte sunt germani și afară de aceste două mai sunt și de altă naționalitate.

D-l Elemer Gyárfás: ... Slovaci, Italieni și alții.

În ceeace privește protestanții, sunt între ei cam 700.000 Maghiari, iar restul de 300—400.000 sunt Germani.

În ceeace privește împărțirea naționalităților, Maghiarii se

împart cel puțin în patru confesiuni: catolici, reformați, unitari, evanghelici. Germanii se împart în două confesiuni. Sunt: catolici și luterani. Prin urmare dincolo noi facem o distincțiune clară între confesiune și naționalitate. Nu le confundăm nici odată una cu cealaltă. Știm foarte bine, că *confesiunea e una, iar naționalitatea, limba și cultura este altceva.* Dacă dv. priviți această chestiune cum este în realitate, cred că aceste împrejurări vă vor liniști, că de exemplu nu se poate imagina ca biserica catolică din Ardeal să fie o expozitură a tendințelor iredentiste maghiare, pentrucă această biserică unește în sânul ei cel puțin tot atâți Germani, cât și Maghiari.

Aceasta este situațiunea și cu protestanții. Germanii nu pot întreprinde prin bisericile protestante aici, o mișcare pangermanistă, pentrucă între ei sunt o mare parte de Maghiari.

D-l I. Grădișteanu: Calvinii sunt exclusiv Maghiari.

D-l Elemer Gyárfás: Într'adevăr, calvinii sunt exclusiv Maghiari, dar Maghiarii nu sunt exclusiv calvini. Știm bine, că în chestiunile, cari privesc limba și cultura noastră, trebue să conlucrăm cu calvinii, cu luteranii. Când e vorba de credința noastră, de chestiunile bisericii, trebue să conlucrăm cu catolicii de alte naționalități.

În aceste puncte am dorit să vă arăt punctele generale, cari privesc pe minorități în această lege.

Scopul legii este reglementarea cultelor minoritare. Or, domnilor, pe lângă punctele noastre de principii, pe cari le-a desvoltat, s'a dovedit în cursul desbaterilor din comisiuni, că nu s'a luat în seamă în mai multe puncte *nici cerințele, asupra cărora toate cultele minoritare au fost de acord.* Prin urmare, partdul maghiar și german, ca reprezentanți politici ai acestor minorități, cari sunt în acelaș timp și credincioși ai cultului catolic, și tuturor cultelor protestante, nu pot primi această lege.

În ceeace privește acum *chestiunile speciale a catolicilor,* eu știu prea bine, că înalții Prelați greco-catolici vor răspunde demn la toate chestiunile, cari s'au ridicat aici. Totuș cred, că este datoria mea să răspund și eu la câteva obiecțiuni, cari s'au făcut aici în chestiunea catolicismului.

Când am vorbit mai înainte despre religia străveche a Ardealului, am cutezat să spun, că după părerea mea credința străveche a Românilor nu ar fi putut să fie alta, decât cea catolică și cred că neavând nici o competință în contestarea suc-

cesiunii din Dacia Traiană, cred că n'au putut fi acei succesori ai lui Traian, când au trecut la creştinism, n'au putut avea altă credinţă, decât cea catolică. Prin urmare, credinţa cea mai veche...

D-l Elemér Gyárfás: Cea mai veche a românilor dacă acceptăm succesiunea Daciei Traiane, n'a putut fi alta decât catolică. (Intreruperi, sgomot.)

Cred că Inalţii Prelaţi greco-catolici vor desvolta această chestiune cu mai multă competenţă.

P. S. S. Pimen, Mitropolitul Moldovei şi Sucevei: Aţi luat în discuţie o chestiune prea grea pentru dv. Lăsaţi să o rezolve alţii. (Aprobări.)

P. S. S. Episcopul Iuliu Hossu: Are dreptate; şi d-l Iorga spune. (Sgomot.)

D-l Elemér Gyárfás: Domnilor senatori, zilele trecute s'a vorbit aci foarte mult despre unirea românilor care s'a făcut la anul 1700. Chestiunea acesta va fi desigur expusă şi desvoltată de către Inalţii Prelaţi greco-catolici. Eu ca minoritar şi ca maghiar doresc să stabilesc numai un singur fapt. *S'a spus aci cum că trecerea românilor la catolicism s'a făcut sub influenţa maghiară.*

Contest domnilor, şi eu care m'am ocupat de această chestiune din copilăria mea, ştiu foarte bine că nu maghiarii, ci *guvernul Habsburgic din Viena, a influenţat această trecere şi nu a fost un interes maghiar, ci adresat chiar în contra maghiarilor, ca să aibă în poporul român din Ardeal, o armă în contra maghiarilor de acolo.*

Părintele D. Turcu: Bela Husar nu era ungur?

D-l Elemér Gyárfás: Nu suntem aşa departe. Suntem de abia la 1700. (Ilaritate.)

Domnilor senatori, nu mă ocup mai departe de această chestiune, pentrucă socotesc că nu este bine să facem aci un proces istoric. Este vorba numai să rezolvăm problema noastră actuală şi concordatul.

Când vorbim de chestiunea catolicismului, trebue să discutăm în primul rând chestiunea actualului concordat. Aci s'a spus...

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Să-mi daţi voe. Eu cred că dv. nu ar trebui să căderi în greşala acelor, care au discutat concordatul. Să discutăm acum legea noastră

şi când va veni rândul concordatului, îl vom discuta atunci. Eu nu vă împiedic, dar vă atrag numai atenţiunea.

D-l Elemér Gyárfás: Aş dori, d-le Ministru, să lămuresc numai două puncte.

S'a spus aci că concordatul ar fi o *ştirbire a suveranităţii.* Domnilor senatori, în toate statele s-au încheiat concordate fără ca să fi gîndit cineva că aceasta poate fi o ştirbire a suveranităţii.

Trebue să ridicăm chestiunea, *cui foloseşte acest concordat?* Dacă dv. citiţi broşura, scrisă de d-l Vasile Goldiş, veţi vedea din această broşură, că *concordatul* făcut şi iscălit de d-l Goldiş *foloseşte singur, exclusiv, numai statului şi poporului român.* (Intreruperi.)

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Eu cred că ambelor părţi.

D-l Elemér Gyárfás: Convingerea mea este d-le ministru, că biserica catolică a adus în acest concordat sacrificii foarte însemnate.

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Aceasta este o altă chestiune.

D-l Elemér Gyárfás: Eu cred că Vaticanul şi Roma au fost motivaţi că să facă sacrificiile acestea enorme pentru alcătuirea concordatului, de împrejurarea, că Vaticanul a ştiut că Marele Rege Ferdinand al României a dorit că încă în viaţa lui să fie iscălit acest concordat. Vaticanul a dorit să facă un pas de loialitate şi de prietenie faţă de acest mare rege, când cu mari jertfe a semnat acest tratat.

D-l General Al. Averescu: Să-mi daţi voie să vă întrerup pentru stabilirea adevărului. Defunctul rege nu s'a amestecat deloc în această chestiune, care privea exclusiv guvernul.

I. P. S. S. Pimen, Mitropolitul Moldovei şi Sucevei: Foarte preţioasă este această declaraţiune a d-lui general Averescu, fostul preşedinte de consiliu.

D-l Elemér Gyárfás: Noi suntem informaţi, că Vaticanul cunoscând inima evlavioasă a defunctului rege, a făcut tot posibilul ca acest tratat de mare importanţă, să fie iscălit încă în viaţa lui...

D-l General Al. Averescu: Concordatul a fost început în 1921 când nici nu erea vorba de boala Regelui.

D-l Elemér Gyárfás: D-lor senatori eu nu vreau să intru în detaliile Concordatului. Eu vreau să constat numai dela această

tribună că Biserica catolică a făcut mari sacrificii în interesul concordatului și noi numai atunci putem consimți la sacrificiile impuse prin acest concordat, dacă vom vedea că această regulamentare are ca consecință, liniștea sufletelor, dacă ne asigură prietenia și bunăvoința Bisericii ortodoxe și a statului și ne garantează o desvoltare pașnică, căci altfel acest concordat nu are nici un scop și toate sacrificiile și jertfele sunt inutile.

I. P. S. S. Mitropolitul Bălan al Ardealului, Banatului și ținuturilor ungurene, locuite de români: Noi nu vedem nici un sacrificiu din partea Vaticanului!

D-l Elemér Gyárfás: Inalt Prea Sfinte, noi din partea nostră, dacă doriți am putea dovedi ce sacrificii mari am făcut, mai ales noi catolicii din Ardeal și ce sacrificii ne-au fost impuse prin acest concordat.

D-l P. Gârboviceanu, raportor: Desființarea unei Eparhii. Atât.

D-l Elemér Gyárfás: Vă rog să credeți domnilor senatori, că este pe deplin neîntemeiată, campania contra catolicismului care s'a desfășurat în această incintă. Tradițiunile apostolice ale ambelor biserici, credința lor așa de înrudită încât e aproape identică cu biserica ortodoxă, ar sili pe aceste biserici să lucreze mână în mână. S'a obiectat aici din partea d-lui senator Ciuhandu că biserica catolică dorește să fie în România un bastion către Ost. Eu cred că dacă această dorință a bisericii catolice există, ea este pe deplin justificată. Aici în Ardeal, biserica catolică a fost și în trecut un bastion contra Turcilor și față de primejdia care amenință acum din răsărit întreagă cultura apuseană, cred că este foarte întemeiat dacă creiem aici, printr'o înțelegere frățească a acestor biserici cu tradiții apostolice, un bastion către răsărit împotriva bolșevismului. Căci primejdia este comună, domnilor senatori. Atât bolșevismul cât și ateismul comuniștilor, cari se dovedesc nu numai în Rusia sovietică, unde copiii în școală nici nu aud numele lui Dumnezeu, dar dacă ne ducem în Apus, unde comuniștii nu au puterea întreagă în mână, dar au influență hotărâtoare în politica școlară, vedem fapte, ca acestea, pe cari le am aici relatate în detalii într'un ziar din Viena, unde sunt 5000 de învățători în oraș numai, cari sunt ateiști și cu prilejul unei sărbători bisericești ca să arate acești învățători ateiști și bolșeviști în ce măsură au putut influența deja pe copiii, cari vor forma genera-

țiunile viitoare, au făcut o contraprocesiune în care au participat 67.000 de copii.

D-l Teofil Lupu: Aceasta este influența socialistă, comunistă: o lecțiune pentru noi!

D-l Elemér Gyárfás: Noi am văzut aceste tendințe în timpul revoluțiunii când socialiștii au eșit pe stradă și au insultat pe preoții, cari erau în procesiune și suntem foarte îngrijorați că se va întroduce și aici.

Pe de altă parte vedem răspândirea sectelor diferite și față de aceste primejdii comune toate cultele istorice trebuie să-și dee mâna și să înceteze orice luptă între dânsele. Trebuie făcută lupta în contra imoralității, lupta pentru armonia socială și lupta pentru armonia între diferitele națiuni.

D-l I. Grădișteanu: Foarte bine!

D-l Elemér Gyárfás: Acei cari duc o campanie pasionată în contra influenței binefăcătoare a catolicismului, stăpâniți de o antipatie oarbă, păcătuiesc după părerea mea, în contra intereselor superioare ale Statului Român și împedecă și îngreunează ca biserica catolică cu legăturile sale internaționale și cu rugăciunile a patru sute milioane de credincioși să îmbrățișeze interesele poporului român și să le reprezinte . . .

D-l Elemer Gyárfás: . . . și să-l apere în fața opiniei publice străine și mondiale. Domnilor senatori, noi sperăm că viitorul ne va justifica. Noi sperăm, că conducătorii poporului român vor înțelege, că noi, minoritățile – astăzi încă odată odioși, sau puțin prețuiți . . .

I. P. S. Mitropolitul Moldovei și Sucevei, Pimen: Nu este adevărat!

D-l D. Th. Aițăreanu, vice-președinte: Ați făcut o afirmație necontrolată.

D-l Elemer Gyárfas: Atunci, vă rog să mă iertați, căci nu am vrut să spun ceva ofensător, ci am vrut să spun, că opinia publică românească nu cunoaște rolul, ce putem îndeplini în acest stat, noi, cari dorim să fim un legământ prețios și scump între statul român și popoarele apusene.

Sperăm, că conducătorii statului nostru nu vor tinde să restrângă cercul nostru de activitate și activitatea bisericilor noastre, ci vor tinde, ca bisericile noastre să desfășure întreagă puterea lor binefăcătoare, de care cu un singur cuvânt blând,

împăcător, rostit din gura unui arhiereu iubit și stimat, face incontestabil mai mult pentru consolidarea statului, decât toți agenții de siguranță și toți revizorii d-lui Anghelescu (aprobări.)

Domnilor senatori, având în vedere că, cu toată bunăvoința d-lui ministru, proiectul actual nu încorporează această dorință a noastră, cu durere declar, că nu vom putea vota acest proiect.

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

(Fortsetzung.)

C)

Erhöhter Minderheitenschutz.

XVII.

Voraussetzungen.

1. Die unter B) aufgestellten Grundsätze bilden das Mindestprogramm, dessen ausnahmslose Verwirklichung in allen Staaten, in denen Minderheiten wohnen, unbedingt anzustreben ist.

2. Nationale und sprachliche Minderheiten,

a) welche entweder allein oder zusammen mit anderen Minderheiten in dem betreffenden Staate zahlenmässig eine derartige Stärke erreichen, dass die Gewährung eines erhöhten nationalen und sprachlichen Minderheitsschutzes der Natur nach gerechtfertigt ist;

b) welche in geographisch gesonderten Siedlungsgebieten geschlossen leben, in denen die Angehörigen der Mehrheitsnation ihrerseits nur eine nationale andersprachliche Minderheit bilden;

c) welchen, sei es als Ganzes, sei es in einem bestimmten Teil des Staatsgebietes (Provinz, Bezirk, Stadt) durch geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Gründe eine erhöhte Bedeutung zukommt;

d) welche notorisch auf einer wesentlich höheren Stufe menschlicher Kultur stehen, als die Mehrheitsnation des Staates,

können sich mit den unter b) aufgestellten Grundsätzen

nicht zufriedenstellen und haben Anspruch auf ein erhöhtes Ausmass von Minderheitenrechten.

3. Erreicht eine nationale oder sprachliche Minderheit allein oder zusammen mit anderen nationalen und sprachlichen Minderheiten in einem Staate eine derartige zahlenmässige Stärke (vgl. Abs. 2 a), dass die Vorherrschaft einer Sprache nicht mehr gerechtfertigt ist, hat an Stelle des international gewährleisteten nationalen und sprachlichen Minderheitsschutzes die international gewährleistete Gleichberechtigung aller oder einiger Nationen und Sprachen im Staate zu treten (Nationalitätenstaat).

4. Einen Anspruch auf erhöhten Minderheitenschutz haben auch starke religiöse Minderheiten unter den Voraussetzungen des Abs. 2, soweit diese Voraussetzungen sinngemäss für religiöse Minderheiten zutreffen können.

5. Eine Regelung dieser besonderen Fälle eines erhöhten Minderheitsschutzes kann nicht allgemein in gleicher schematischer Weise erfolgen und ist in einzelnem Falle unter Rücksichtnahme auf die besonderen Umstände zu regeln (vergl. Punkt XVIII.)

BEGRÜNDUNG.

Der gegenwärtige internationale Rechtszustand stellt nicht nur die Minderheiten in einzelnen Staaten unter Minderheitsschutz, während die Minderheiten in anderen Staaten nicht geschützt sind, sondern er kennt keine gradmässigen Unterschiede dieses Minderheitsschutzes. Diese nur scheinbar demokratische Auffassung steht nicht nur mit den tatsächlichen Grundlagen und Voraussetzungen, wie sie in den einzelnen Staaten bestehen, in offenkundigem Gegensatze, indem sie grundverschiedene Verhältnisse in mechanisch gleicher Weise behandelt, sondern widerspricht auch den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit und ist nicht geeignet, dauernde Zufriedenheit unter den betroffenen Minderheiten hervorzurufen und somit eine geeignete Grundlage für einen dauernden Weltfrieden zu gewährleisten. Hier muss individuell vorgegangen werden. Das Verständnis hiefür muss erst allmählig in den regierenden Schichten der einzelnen Staaten zum Durchbruch gelangen, doch muss auch der Völkerbund in dieser Richtung – wenn auch mit gebotenem Takte – vorgehen.

XVIII.

Richtlinien.

Im Hinblicke auf Punkt XVII Abs. 5 werden folgende Richtlinien aufgestellt, in denen sich der erhöhte Minderheitenschutz unter Berücksichtigung der besonderen Fälle (Punkt XVII Abs. 3, allenfalls 4) zu bewegen haben wird:

1. *Sprachenfragen.*

In Staaten oder in bestimmten Teilen von Staaten, wo die im Punkte XVII Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen vorliegen, empfiehlt es sich, die Sprache der Minderheit entweder in gewissen Richtungen mit der offiziellen Sprache für gleichberechtigt zu erklären, oder überhaupt von der Einführung einer offiziellen Sprache abzusehen. Bei Erweiterungen des Geltungsgebietes der Minderheitssprache ist auf ihre Zulassung bei dem Verkehre der öffentlichen Stellen untereinander, sowie darauf Rücksicht zu nehmen, dass bei Angestellten gewisser öffentlichen Stellen, bei denen die Kenntnis der offiziellen Sprache nicht notwendig ist, von dieser abgesehen werden kann. Ähnliche Vorschriften empfehlen sich analog zu Gunsten der offiziellen Staatssprache und anderer Minderheitensprachen bezüglich jener territorialen Selbstverwaltungskörper, in denen eine Minderheitssprache zur offiziellen Sprache erklärt wird.

2. *Beamtenangelegenheiten.*

In Staaten oder in bestimmten Teilen von Staaten, wo die im Punkte XVII Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen zutreffen, empfiehlt es sich gesetzlich festzulegen, dass die nationale oder sprachliche Minderheit einen Anspruch auf Anstellung eines ihrer zahlenmässigen Stärke entsprechenden Hundertsatzes von gleichnationalen Beamten und Angestellten der einzelnen Kategorien habe, wobei nähere Bestimmungen über deren Sprachkenntnisse und in der Richtung zu treffen sind, dass die Angehörigen der Minderheiten im öffentlichen und quasi öffentlichen Dienste im Interesse der Angehörigen dieser Minderheiten verwendet werden.

Ähnliche Vorschriften empfehlen sich analog zu Gunsten der Angehörigen der offiziellen Staatssprache und anderer Minderheitensprachen bezüglich jener territorialen Selbstverwaltungskörper, in denen eine Minderheitensprache zur offiziellen Sprache erklärt wird.

3. *Sprachengebrauch im Parlamente.*

In Staaten, in denen die im Punkte XVII Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen vorliegen, muss den Abgeordneten der nationalen Minderheiten im Parlamente nicht nur gesetzlich die Möglichkeit garantiert werden, in ihrer Sprache oder in der Sprache einer anderen Minderheit zu sprechen, sondern die Geschäftsordnungen müssen Vorkehrungen in der Richtung treffen, dass den der offiziellen Sprache unkundigen Parlamentariern aus dieser Unkenntnis kein wie immer gearteter Nachteil erwachse. Dies hat bezüglich starker sprachlicher Minderheiten zur Folge, dass die Abgeordneten dieser Minderheiten wenn sie als Berichterstatter fungieren, ihre Sprache oder die Sprache einer anderen starken Minderheit gebrauchen können, sowie dass auch parlamentarische Minister dieser Minderheiten im Parlamente sich ihrer Sprache oder der Sprache einer anderen starken Minderheit bedienen können. In diesen Fällen ist das sprachliche Bedürfnis der Abgeordneten der offiziellen Sprache durch Dolmetsche zu befriedigen. In Nationalitätenstaaten (Punkt XVI Abs. 3) kann die Vorzugsstellung einer Sprache im Parlamente nur mit Zustimmung der den anderen Nationalitäten (Sprachen) angehörigen Parlamentariern festgelegt werden.

4. *Militär.*

Die Bestimmungen über die Ausbildung der Wehrpflichtigen durch gleichnationale Offiziere und Unteroffiziere (Punkt X Abs. 2) und über ihre Vereinigung in eigene militärische Abteilungen (Punkt X Abs. 3) haben in Staaten, in denen die in Punkt XVII Abs. 4 erwähnten Voraussetzungen vorliegen, unter allen Umständen zu gelten.

5. *Territoriale Autonomie.*

Vgl. Punkt XIX Abs. 5 und 8.

6. *Personale Autonomie.*

Vgl. Punkt XIX Abs. 6, 7 und 8.

D)

Die rechtliche Durchsetzung des Minderheitenrechtes und seine Garantien.

XIX.

Der innerstaatliche Rechtschutz. Nationale Autonomie.

1. Die rechtliche Durchsetzung des Minderheitenrechtes ist in erster Linie ein Problem der Gesetzgebung der *einzelnen Staaten.*

2. Die Grundsätze eines gesunden Minderheitenrechtes, insbesondere die grundsätzliche Gleichstellung der Angehörigen von Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion mit den Angehörigen des Mehrheitsvolkes ist in die Gesetzgebung und, wenn die Gesetzgebung des Staates eine besondere, nur unter erschwerten Formen abänderliche Verfassungsgesetzgebung kennt, in diese aufzunehmen; dies gilt insbesondere bezüglich jener Bestimmungen minderheitenrechtlicher Natur, durch die der Staat völkerrechtlich verpflichtet ist.

3. Der Rechtsschutz der einzelnen Bürger gegenüber allen Verwaltungsbehörden durch unabhängige Verwaltungsgerichte ist zu gewährleisten.

4. Die Gesetzgebung hat Vorsorge zu treffen, dass die aus dem Verhältnisse der Mehrheit und der Minderheiten entstehenden Streitigkeiten auf dem Boden des Staates in gemeinsamer Beratung und Arbeit bei Wahrung vollständiger Gleichberechtigung geschlichtet werden. Diesbezüglich wird auf die durch die Interparlamentarische Union wiederholt gegebenen Anregungen auf Einsetzung von *paritätischen Kommissionen* verwiesen. Ihre Einrichtung und Einordnung in das innerstaatliche Recht wäre dann eine der wichtigsten Aufgaben der einzelnen Staaten.

5. Wo es die Siedlungsverhältnisse der Minderheiten gestatten, insbesondere in dem im Punkt XVII Abs. 2 lit. *b*) erwähnten Falle, sind durch nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke niederer und höherer Ordnung Gebiete zu schaffen, die mit der weitesten, mit der Einheitlichkeit der Staatsverwaltung vereinbarten Selbstverwaltung auszustatten sind und in denen die Angehörigen der Minderheiten innerhalb der

allgemeinen Gesetze ihre Eigenart entfalten können (*Territoriale Autonomie)*; die Bevölkerungsgruppen, die in diesen Gebieten Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion bilden, insbesondere die Minderheit, die im Staate selbst zur Mehrheit gehört, sind in diesen Gebieten ebenso zu schützen, wie die Minderheiten in den übrigen Gebieten des Staates.

6. In anderen, als in den im Abs. 5 erwähnten Fällen, insbesondere aber in den Fällen des Punktes XVII Abs. 2, lit. *a)*, *c)* und *d)* empfiehlt sich, auf den Gebieten der kulturellen und sozialen Verwaltung die Einrichtung von Verwaltungsmassnahmen auf gesetzlichem Wege, welche bewirken, dass diese Verwaltungsaufgaben für die Minderheiten nach Abstammung (Nationalität) und Sprache, allenfalls auch für die Minderheiten nach Religion, abgesondert von der Mehrheit im Staate besorgt werden; dies kann beispielsweise auf dem Gebiete des Unterrichtswesens dadurch erzielt werden, dass die öffentlichen Schulvoranschläge national geteilt und dass die Unterrichtsbehörden national gegliedert werden, allenfalls, dass die zentrale Unterrichtsbehörde durch Errichtung nationaler Abteilungen ausgestaltet wird, wobei an der Spitze dieser nationalen Abteilung Staatssekretäre stehen können, die bei den Beratungen des Ministerrates über kulturelle und Unterrichtsfragen der betreffenden Minderheit Sitz mit beratender Stimme im Ministerrate haben (*Personale Autonomie im uneigentlichen Sinne).*

7. Die im Abs. 6 bezeichneten Ziele können auch dadurch erreicht werden, dass die dort erwähnten Verwaltungsaufgaben der Gesamtheit der Angehörigen der betreffenden Minderheit durch Organe, die die Angehörigen dieser Minderheit selbst wählen, zur Besorgung überlassen werden. *(Personale Autonomie im eigentlichen Sinne).* Dies ist in erster Linie dadurch zu erzielen, dass die Gesamtheit der Angehörigen der betreffenden Minderheiten zu Zwangskörperschaften öffentlichen Rechtes zusammengefasst werden *(Nationaler Kataster).*

8. Die gleichzeitige Anwendung der in den Absätzen 5, 6 und 7 erwähnten Grundsätze in ein und demselben Staate ist je nach den Siedlungsverhältnissen der einzelnen Minderheiten und je nach den einzelnen Zweigen der kulturellen und sozialen Verwaltung nicht ausgeschlossen.

9. Jede gesetzliche Regelung des Minderheitenrechtes hat im Einvernehmen mit den berufenen Vertretern der Minderheit,

auf die sie Bezug haben soll, zu erfolgen. Insbesondere darf jedwede Art der nationalen Autonomie nur mit Zustimmung der offenkundig erwiesenen Mehrheit der Angehörigen der betreffenden Minderheit zur Durchführung gelangen.

BEGRÜNDUNG.

Trotzdem bisher die Erfahrungen einer Einigung zwischen Mehrheit und Minderheit auf dem Boden der einzelnen Staaten nicht gerade vielversprechend sind (als Ausnahmen zu erwähnen wären hier die Beispiele von Finnland und Estland), müssen alle Bemühungen auf das Zustandekommen solcher Einigungen gerichtet sein; gerade auf dem Boden des eigenen Staates vollziehen sich solche Einigungen in dem Zeichen jener Stimmungen, die eine restlose Bereinigung der Minderheitenprobleme verbürgen (Punkt XXI). Diesen Einigungen gegenüber hat das Einschreiten internationaler Stellen (Punkt XX) den Charakter einer Ultima ratio. Zu den einzelnen Absätzen ist zu bemerken: Die Pflicht zur Aufnahme der in den bisherigen Minderheitenverträgen und Staatserklärungen niedergelegten Bestimmungen materiellrechtlicher Natur in die Verfassungen der einzelnen Staaten ist in diesen Verträgen und Erklärungen vorgesehen; dasselbe empfiehlt sich auch für andere gesetzliche Bestimmungen minderheitenrechtlicher Natur. Die Einrichtung von sog. paritätischen Kommissionen, die die Interparlamentarische Union zu wiederholten Malen empfohlen hat und die die Bereinigung von minderheitenrechtlichen Streitigkeiten auf heimatlichem Boden unter Ausschaltung des Mehrheitsprinzipes zum Grundgedanken haben, ist zweifellos überaus empfehlenswert; leider ist der Gedanke bisher theoretisch nicht genügend durchgearbeitet worden und wird auch in den einzelnen Staaten je nach den jeweils geltenden Grundsätzen des Verwaltungsrechtes nur in völlig verschiedener Weise verwirklicht werden können. Die Durchführung der territorialen Autonomie stösst theoretisch auf geringe Schwierigkeiten, wohl aber in den meisten Staaten auf den grössten Widerstand der Mehrheitsvölker; durch die allenfalls in den einzelnen Verwaltungsgebieten „zurückbleibenden" Minderheiten entstehen ausserdem gewisse, allerdings leicht zu überwindende Schwierigkeiten. Demgegenüber ist die personale Autonomie zwar verhältnismässig leichter erreichbar – wie das Beispiel Estlands erweist – birgt aber gewisse Schwierigkeiten

rechts-technischer Art in sich. Die Gegenüberstellung der beiden Begriffe: personale Autonomie im „eigentlichen" und „nicht-eigentlichen" Sinne (die Aufstellung des letzteren Begriffes wird wohl manche Anfechtung erfahren) hat nur den Zweck, darzutun, dass die Ergebnisse der personalen Autonomie zum grossen Teile auch ohne Einrichtung des nationalen Katasters und der Erhebung der Minderheit zur Rechtssubjektivität zu erreichen sind. Die Erfahrungen, die man in Estland mit dem nationalen Kataster und der auf ihn aufgebauten nationalen Kulturautonomie gemacht hat, rechtfertigen noch keineswegs, dass diese Einrichtungen überall anzustreben sind. Die grosszügige Friedensliebe der Esten einerseits, die ausserordentliche Opferwilligkeit der deutschen und der jüdischen Minderheit dieses Staates andererseits sind dort Voraussetzungen, die kaum irgendwo anderwärts vorhanden sind. Fehlt aber eine dieser beiden Voraussetzungen, birgt der Kataster nicht geringe Gefahren für die Minderheiten in sich (Terror bei der Aufnahme in ihn, berechtigte oder unberechtigte Angst seitens der Angehörigen der Minderheiten, sich öffentlich zu deklarieren, finanzielle Belastung). Der letzte Absatz ist durch gewisse Vorkommnisse in Polen und gewisse Bestrebungen in Deutschland als notwendig erkannt worden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen über die deutsche Frage in Ungarn.*)

Ich bin ganz der Meinung des Herrn Abgeordneten Turi – begann der Ministerpräsident am 17. April im Abgeordnetenhaus jenen Teil seiner Rede, der über die Minderheitsfrage handelte – wenn er die These aufstellt, dass zwischen dem Minderheitsgedanken und der Frage der Revision ein Zusammenhang besteht. Die Friedensverträge sind nämlich – so hat er seine These konstruiert – im Jahre 1919 im Zeichen des nationalen Selbstbestimmungsprinzipes abgeschlossen worden und das Minoritätsprinzip musste eben als ein Korrektivum vertraglich garan-

*) Übersetzung des „Sonntagsblatt"-es des offiziellen Organes der Deutschen in Ungarn.

tiert werden, als man vom Selbstbestimmungsprinzip abgewichen war. Das heisst, der Schutz der Minderheiten musste zur Verpflichtung gemacht werden für diejenigen, zu deren Gunsten das nationale Selbstbestimmungsprinzip verletzt worden ist. Daraus folgte, dass sich der Revisionsgedanke, falls die Minderheitsrechte nicht respektiert werden, mit gesteigerter Kraft melden muss, weil ja, wenn diese wichtige Vertragsbestimmung unerfüllt bleibt, die Grundlage, auf der die Friedenskonstruktion aufgebaut ist, schwankend werden muss. Das ist nun zweifellos richtig. Und gleichfalls richtig ist es, dass wir unter allen Umständen eine Minderheitspolitik befolgen müssen, wie wir sie von unseren Nachbarn erwarten und fordern, weil es offenkundig ist, dass Ungarn für sich nur Regeln aufstellen kann, auf deren Einhaltung von seiten der Nachbarstaaten zu bestehen sein gutes Recht ist. Ich glaube, dass die Politik der ungarischen Regierung in dieser Hinsicht kongruent ist mit den Verträgen, die wir unterschrieben haben, aber auch mit den Traditionen, von denen beseelt, Ungarn das Nationalitätengesetz im Jahre 1868 geschaffen hat. Ich glaube ferner, dass die Verordnungen, die die Regierung in dieser Hinsicht erlassen hat und in denen zum Teil der Sprachengebrauch geregelt wird, zum Teil aber kulturelle Bestimmungen enthalten sind, in vollem Masse mit dem Geiste harmonisieren, der im 68er Gesetz zur Wirklichkeit geworden ist, und mit dem Geiste, den wir von den Staaten fordern, die über ungarische Minderheiten herrschen.

An dieser Stelle muss ich auch der Gegensätze gedenken, die in der jüngsten Vergangenheit zwischen dem Herrn Dr. Bleyer und anderen Abgeordneten aufgetaucht sind. Ich kenne die Tätigkeit des Herrn Abgeordneten Bleyer aus der Zeit während des Krieges, der Revolution, nach der Revolution und als er Minister war, ich weiss, dass er der ungarichen Staatsidee treu gewesen ist, und wenn auch in gewissen Einzelheiten gewisse Unterschiede zwichen seiner und meiner Auffassung bestehen, so ist das nicht Grund genug, um seinen guten Glauben und seine ehrliche ungarische Gesinnung in Zweifel zu ziehen. Die Angriffe, deren Zielscheibe er war, halte ich für unwürdig. Ich bitte daher die Abgeordneten, sich solcher Angriffe in der Zukunft zu enthalten, weil sie sich mit der Mentalität Bleyers nicht decken. Herr Abgeordneter Bleyer sprach über nationalistische Führer der Vorkriegszeit – er hat u. a. auch Paul Mudrony

erwähnt – die, weil sie die Durchführung des Nationalitätengesetzes gefordert hatten, als Agitatoren gebrandmarkt worden sind und schliesslich, dank der Beschuldigungen, die gegen sie erhoben worden sind, Forderungen gestellt haben, die sie vielleicht sonst niemals erhoben hätten. Es wäre gefährlich, wenn wir die gleichen Methoden anwenden würden, denn das würde zur völligen Vergiftung, nicht aber zur Lösung der Frage führen. Dabei muss aber auch Abgeordneter Bleyer verstehen, dass die Nervosität und die Gereiztheit des ungarischen Publikums begreiflich ist. Denn, haben auch die Vertreter der Nationalitäten in der Vorkriegszeit öffentlich nichts anderes gefordert, als die Durchführung des Nationalitätengesetzes, so hatten sie vielfach auch weit darüber hinausgehende Ziele, wie das der Weltkrieg erwiesen hat. Das öffentliche Leben Ungarns hat gewisse traurige Erfahrungen nach der Richtung hin gemacht, dass gewisse Leute die von ihnen verfolgten Ziele verbergen und verhüllen können und die imstande sind, diese Ziele in gefällige Formen zu kleiden und so darzustellen, als ob sie nicht weitergingen, als mit der Einheit des ungarischen Staates und der politischen Auffassung, in der wir alle übereinstimmen, vereinbart werden könnte. Es ist demnach verständlich, dass die öffentliche Meinung Ungarns in diesem Belange leicht gereizt werden kann, dass unsere öffentliche Meinung in dieser Beziehung misstrauisch ist, dass sich auf dem Gebiete unserer öffentlichen Meinung Erscheinungen wiederholen, deren Augenzeugen wir in der Vergangenheit waren.

– Ich bin überzeugt, dass sich derartige Erscheinungen nicht wiederholen werden, ist doch die politische Lage eine ganz andere, und namentlich das Deutschtum, von dem hier die Rede ist, bildete stets eine treue Stütze der ungarischen Staatsidee. Dieses Deutschtum hat seine Anhänglichkeit an die ungarische Staatsidee nicht nur in Zeiten bewiesen, da mit Hilfe von Phrasen die Augen der Nation ausgewischt werden mussten, sondern auch in den allerschwersten Zeiten, während des Weltkrieges und der Revolutionen. Andererseits darf aber nicht gefordert werden, dass unbefugte Hände an diese Frage rühren, denn es ist sehr leicht, diese Fragen zu vergiften und zwei Teile der Nation, die aufeinander angewiesen sind, einander gegenüberzustellen, statt zusammenzuhalten, die Sache vorwärtszubringen und alle jene Fragen zu lösen, die gelöst werden müssen.

Aus diesem Grunde ersuche ich den Herrn Abgeordneten Bleyer, den Bestrebungen der Regierung gegenüber eine gewisse Geduld an den Tag zu legen, die wir bona fide befolgen und von deren Gutgläubigkeit sich auch der Herr Abgeordnete überzeugt hat. Müssen wir doch grosse Schwierigkeiten überwinden, die sich im praktischen Leben ergeben und die unmöglich von einem Tag auf den anderen gelöst werden können.

– Der Herr Abgeordnete Bleyer wünscht ein rascheres Tempo bei der Lösung der auf die Nationalitäten bezüglichen Schulfrage. Ich will in diesem Belange nur die Ziffern anführen, aus denen hervorgeht, dass im letzten Jahre dennoch ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen ist. Nach den auf den Monat Mai des Jahres 1927 bezüglichen Daten existieren in Ungarn im Rahmen der deutschen Minderheit 48 Schulen des Typs A, 63 Schulen des Typs B und 308 Schulen des Typs C. Zum näheren Verständnis will ich nur bemerken, dass im Schultyp A die Unterrichtssprache deutsch ist und ungarisch als Unterrichtsgegenstand figuriert. Typ B ist eine gemischtsprachige Schule, in der ein Teil der Gegenstände ungarisch, ein anderer deutsch unterrichtet wird. Typ C ist die Schule, in der die Unterrichtssprache ungarisch ist und das Deutsche als Gegenstand unterrichtet wird, namentlich Schreiben, Lesen und Rechnen. Nach den Daten des Schuljahres 1927/28 weisen die Typen bereits eine Veränderung auf. Die Zahl der Schulen Typ A beträgt auch noch heute, wie im Jahre 1927, 48, allein die Schulen Typ B sind von 63 auf 98 gestiegen, während der C-Typ von 308 auf 289 gesunken ist, was soviel bedeutet, dass in 35 Schulen der deutsche Unterricht eingeführt wurde, zum Teile nicht nur als Unterrichtsgegenstand, sondern auch als Unterrichtssprache. Der Herr Abgeordnete Bleyer hat u. a. behauptet, dass die Schule Typ C nicht zweckentsprechend ist, und obwohl er es nicht sagt, glaube ich dennoch, dass er diese Kategorisierung der Typen nicht liebt. Die Regierung muss jedoch daran festhalten, und zwar aus folgenden Gründen: Unsere deutschsprachigen Mitbürger leben unter verschiedenen Verhältnissen. Ein Teil wohnt in rein deutschsprachigen Gemeinden, und kommt daher schwerlich in die Lage, mit Anderssprachigen in Berührung zu treten, was sich namentlich auf den einfachen Landwirt oder Arbeiter bezieht. Ein anderer Teil des Deutschtums lebt gemeinsam mit Ungarn, so dass in der einen Gemeinde das Ungartum,

in der anderen das Deutschtum in der Mehrheit und Deutschtum und Ungartum aufeinander angewiesen sind. Schliesslich lebt noch das Deutschtum in gewissen Teilen vollständig verstreut als minimale Minderheit unter der ungarischen Mehrheit. Wenn wir nun diesen Umstand berücksichtigen, so müssen wir feststellen, dass die verschiedenen Schultypen aufrechterhalten werden müssen. Ich nehme den Standpunkt ein, dass wir in diesem Belange unseren deutschsprachigen Mitbürgern ihre Freiheit lassen sollen, worunter ich verstehe, dass die Behörde im Interesse des ungarischen Unterrichts sich jedweden einseitigen Einflusses enthalte, allein einzelne andere Individuen mögen auch diese Bevölkerung in Ruhe lassen. Ich glaube, dass wir nach beiden Seiten die Freiheit schützen und verteidigen müssen. Ich erkenne an, dass man in diesem Belange nicht immer in den Verfügungen eine glückliche Hand bekundet hat, die von einzelnen Behörden durchgeführt worden sind.

Abgeordneter Rothenstein (Soz.): Man müsste die Behörden instruieren!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Ich glaube nicht, dass irgendjemand behaupten könnte, dass ich nicht bestrebt gewesen wäre, diese Dinge wiedergutzumachen. Ich muss allerdings den Herrn Abgeordneten Bleyer bitten, dahin zu wirken, dass sich in dieser Frage keine illegitimen Einflüsse geltendmachen, denn das gegenseitige Verstehen zwischen Deutschtum und Ungartum wird dadurch keineswegs gefördert. Wenn der Herr Abgeordnete Bleyer den Schultyp C von dem Gesichtspunkte aus bemängelt, dass die ungarische Sprache bereits in der ersten Klasse nicht die Unterrichtssprache sein kann, da das Kind des Ungarischen noch nicht mächtig ist und ihm alles in der Muttersprache erklärt werden muss, so stimme ich darin mit dem Herrn Abgeordneten überein. Ich halte jedoch den Typ C nicht dort für zweckentsprechend, wo der deutsche Jüngling kein Wort ungarisch versteht, sondern vielmehr dort, wo Ungarn und Deutsche leben.

– Der Herr Abgeordnete Bleyer berücksichtigt vielleicht nicht in vollem Masse die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des Gesetzes in den Weg gestellt haben. Gibt es doch in Ungarn keine Eintypenschulen. Es gibt staatliche, kommunale und konfessionelle Schulen, und ausserdem eine Reihe von Schulerhaltern. Die von der Regierung ausgegebenen Verord-

nungen beziehen sich in erster Reihe auf die staatlichen und Kommunalschulen, wo sie auch durchgeführt werden. Weniger ist dies bei den konfessionellen Schulen der Fall, bezüglich deren der Staat nur das Kontrollrecht hat und bis zu einem gewissen Grade auch die Initiative ergreift, ohne dass er in der Lage wäre, in diesen Schulen so zu verfügen, wie z. B. in den staatlichen. Schon dieser Umstand verursacht gewisse Schwierigkeiten, denn wir haben oft die Erfahrung gemacht, dass die Erhalter der konfessionellen Schulen nicht die Politik befolgen wollen, die ihnen von der ungarischen Regierung empfohlen wird, und trotz aller Überredungskünste . . .

Abgeordneter Rothenstein: Also, ein Staat im Staate!

Rufe rechts: Gerade so wie die Gewerkschaften!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Es gibt auch Privatschulen. Auch die Gewerkschaften erhalten Schulen.

Abgeordneter Kabók: Der Besuch dieser Schulen ist aber nicht obligatorisch!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Die Herren Abgeordneten mögen zuerst die Konsequenzen des Schlagwortes ableiten, dass ein Staat im Staate nicht geduldet werden darf.

Abgeordneter Malasits: Die konfessionellen Schulen bilden einen Staat im Staate!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Die bestehenden Schwierigkeiten sind keineswegs unüberbrückbar und ich bin überzeugt, dass es gelingen wird, diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit zu lösen, wozu allerdings eine gewisse Zeit erforderlich ist, denn die Regierung will diese Frage nicht mit Gewalt, sondern durch Überredung in taktvoller Weise lösen. Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass in den meisten Gemeinden ungeteilte Volksschulen existieren. In Ungarn gibt es insgesamt etwa 6300 Volksschulen, von denen 3000 ungeteilt sind, was beweist, wie rückständig wir noch auf diesem Gebiete sind und wie schwer es ist, in einer solchen Schule, die von ungarischen und deutschen Schülern besucht wird, den Unterricht nach Nationalitäten zu organisieren. Im Übrigen sind alle Vorbedingungen für kulturelle Autonomie gegeben, was auch aus der sub Zahl 4800 erlassenen Verordnung ersichtlich ist, denn § 19 dieser Verordnung besagt, dass die Minoritäten Kulturvereine gründen, Spenden zur Erhaltung ihrer Schulen sammeln und Schulen errichten und aufrechterhalten können, selbstverständlich innerhalb

des Rahmens der Gesetze des Staates. Eine autonomistische Regelung des Schulgesetzes würde für die deutschsprachige Bevölkerung eine schwere Belastung bedeuten. Eine solche Regelung ist aber auch vollständig überflüssig, schon weil sie in den gemischtsprachigen Gemeinden überhaupt nicht durchgeführt werden könnte. Die in der erwähnten Verordnung empfohlene Lösung ist also viel besser und zweckmässiger. Im Rahmen einer kulturellen Autonomie können aber auch die übrigen Probleme nicht gelöst werden. Unter solchen Umständen ersuche ich den Herrn Abgeordneten Bleyer, dieses Schlagwort, das aus einem Lande stammt, wo man sich mit solchen Fragen niemals befasst hat, und das vielleicht dort angebracht sein mag, fallen zu lassen. In Ungarn aber, wo diese Frage einen historischen Hintergrund hat, dürfen wir keine Experimente anstellen, die sich vielleicht in der Theorie sehr schön ausnehmen, im praktischen Leben aber nicht angewendet werden können. Schliesslich bitte ich den Herrn Abgeordneten Bleyer, Hand in Hand mit der Regierung an die Lösung der Fragen zu schreiten. Ich glaube, dass jeder ungarische Politiker, der Einsehen hat, die Notwendigkeit empfindet, dass dieses der Lösung harrende Problem taktvoll gelöst werden muss, aber nicht um den Preis von Kämpfen, die die Situation nur verschlimmern, niemals aber zu einer befriedigenden Lösung führen können.

Observări la constatarea cea mai nouă a d-lui Alexandru Vaida.

De **Dr. Elemér Jakabffy.**

D-l Alexandru Vaida, fost ministru-president și unul dintre conducătorii Partidului Național Țărănesc, are la activul său o astfel de carieră politică, luptând pentru cauza națiunei sale cu un devotament atât de desinteresat, încât persoana d-sale e înconjurată de respect și din partea adversarilor politici.

Acest respect însă, nu ne poate reține de a nu supune unei critici obiective anumite fapte politice și declarațiuni ale d-lui Alexandru Vaida.

D-l Alexandru Vaida nu pentru prima oară face declarațiuni politice surprinzătoare.

Ne aducem încă bine aminte, că la vre-o câteva luni după rușinoasa cădere din scaunul de ministru-president, d-l Vaida a strigat adversarilor săi din Cameră:

În luna Martie 1922, la o adunare de partid, ținută în Cluj, iarăș a zis, că: „hotărîrea neînduplecată a masselor doritoare de progres,
este, să scuture și jugul liberalilor, dupăcum s'au eliberat și de sub jugul Maghiarilor".

Aceste declarațiuni într'adevăr au putut trezi în noi presupunerea, că d-l Alexandru Vaida consideră pe Maghiari politicește mai onorabili, decât Românii din Regat cu mentalitate liberală. Noi, Maghiarii, am simțit din aceste declarațiuni o anumită simpatie, desmeticindu-ne însă din fantazia noastră nu peste mult faimosul articol al d-lui Vaida, pe care l-a scris în luna lunie 1926, în ziarul *Patria*, după alegerile averescane, și în care, între altele, a arătat, că în România-Mare, sub umbra tricolorului maghiar și sub ocrotirea jandarmului român, d-l Béla Barabás a avut privilegiul, să insulte pe „Valahii proști", accentuând totodată, că jandarmul român a înroșit cu sânge românesc pământul României-Mari, numai ca să învingă domnii Szele, Barabás, Tornya, contele Bethlen etc.

D-l Alexandru Vaida acum iarăș a scris în numărul de Paști al *Patriei* un astfel de articol, care ne întărește convingerea, că nici d-sa nu ia în serios situația și chestia minoritară, ci, tratându-le cu puțin cinism, când vorbește despre situația minorităților, constatările d-sale nu provin din cunoștințe serioase, ci sunt menite numai a produce un efect oarecare.

În amintitul ziar, sub titlul „Națiunea Dominantă", d-l Al. Vaida încearcă anume să ne dovedească, că aici, în România, aparținătorii minorităților naționale, au o soartă mai bună, decât membrii „Națiunei Dominante", dacă aceștia sunt partizanii Partidului Național Țărănesc, ba chiar — am putea zice — ne invidiază posibilitatea, că putem merge cu plângerile noastre înaintea Societății Națiunilor.

Așa se vede, că d-l Alexandru Vaida își uită, că un astfel de articol, producător de efect, ne jignește sentimentele, sau poate în genere nici nu atribue vre-o importanță faptului, că cuvintele d-sale ne ofenzează.

Căci doară și d-l Vaida știe prea bine din viața de toate zilele, că pe cel schilav și rănit îl doare, dacă i-se zice, că e frumos și tare; îl doare pe sărăcitul, care a avut parte de o soartă mai bună, dacă cu ironie și acum îl numim bogat.

Noi însă nu meritäm la nici un caz, ca atunci, când întreaga lume ne vede nedreptățile, un bărbat de stat român serios, să ne batjocurească, numai spre a produce un anumit efect.

Pentrucă numai batjocura și nu cuvântul convingător isbucnește către noi, din articolul d-lui Vaida, căci nu poate fi convingerea d-sale, că în România minoritățile într'adevăr au o soartă mai bună, decât membrii „Națiunei Dominante", cari nu aparțin Partidului Liberal și astfel sunt lipsiți de avantajele administrației puterii de stat.

Căci doară nimic nu e mai simplu, decât a vedea clar în această chestiune. Referitor la aceasta, e tocmai deajuns numai cunoașterea câtorva date.

Să luăm, de exemplu, următoarele:

Partidul Maghiar, care e singurul reprezintant oficios al maghiarimei din România întreagă, a avut până acum 3 președinți. Baronul Jósika Samu, Ugron István și contele Bethlen György.

Să constateze d-l Vaida, ce fel de locuințe au concesionat autoritățile pe seama acestor 3 președinți, în decursul timpului cât au presidat?

Baronul Jósika Samu a fost stingherit în 3 odăi mici ale palatului propriu; d-l Ugron István, pe întreagă durata președinției sale, a avut o odăiță în Cluj; contele Bethlen György a fost stingherit, în vila proprie, iarăș numai în 3 odăi, având întrare numai pe treptele dindărăt.

Dacă d-l Vaida ar face o comparație între locuințele conducătorilor Partidului Național Țărănesc și a celor amintiți mai sus, imediat va constata o oarecare deosebire între situația conducătorilor de partid.

Or, dispozițiunile reformei agrare au atins și pe cei trei președinți ai Partidului Maghiar. D-l Al. Vaida ne-ar îndatora foarte mult, dacă ar aminti 3 persoane din conducerea Partidului Național Țărănesc, din a căror proprietate agricolă reforma agrară ar fi luat procentual tot atât, cât a luat dela conducătorii Partidului Maghiar.

Dorim numai o constatare procentuală, cu toate că știm,

că între membrii conducători ai Partidului Național Țărănesc se află și de aceia, cari *au* atâta pământ, cât d-l Bethlen György, ori cât a *avut* d-l Ugron István.

Dar să vedem soarta instituțiilor bancare. Să compareze d-l Vaida reescontul, ce-l primește băncile cu caracter maghiar, dela Banca Națională, cu reescontul acordat băncilor aparținătoare sferei de influință a Partidului Național Țărănesc. Cu un exemplu putem servi deja. Să compareze d-l Vaida reescontul băncii *Victoria* din Arad, care tocmai acum a dat de năcaz, cu reescontul celorlalte institute bancare, cu caracter minoritar. Conform bilanțului din anul 1926, *Victoria* a primit dela Banca Națională în acest an un reescont de 63,700.000 Lei cu 6%, adecă 200% a capitalului societar; în direcțiunea băncii se află somitățile Partidului Național Țărănesc, în frunte cu d-l Stefan Cicio-Pop. Față de aceasta, celelalte 8 instituții bancare din Arad, cu caracter minoritar, au primit laolaltă numai un reescont de 10,200.000 Lei, adecă 8% a capitalului societar. Și din această comparare poate constata d-l Vaida, că „Națiunea Dominantă" e față de noi într'adevăr „Națiune Dominantă", chiar și când se află în opoziție.

Că de ce fel de sprijin beneficiază mica industrie maghiară și mica industrie română național-țărănistă, din partea Societății Naționale de Credit Industrial, d-l Vaida încă o poate ușor constata. In jud. Solnoc-Dobâca, unde cu ocazia ultimelor alegeri, Partidul Național Țărănesc a obținut 66% de voturi, Societatea amintită a lichidat pe seama micilor industriași 2 milioane Lei. In jud. Bistrița-Năsăud, unde 57·8% dintre alegatori au votat cu Partidul Național Țărănesc, 2 milioane Lei; în jud. Alba de jos, unde 59% din voturi au fost date pentru Partidul Național Țărănesc, 5 milioane Lei. Și față de acestea, micii industriași din jud. Ciuc n'au primit nici un ban, iar cei din jud. Odorhei precis tot atâta.

Sau poate dintre agricultori e mai favorizat de soartă Maghiarul, decât Românul național-țărănist? Iată, atât de pronunțat național-țărănista Comunitate de avere din Bistrița-Năsăud, a fost scutită de expropriere, bunurile private din Ciuc însă au fost expropriate și o mare parte din teritoriu s'a și distribuit deja între nemaghiari.

Dar încă deosebirea între coloniști!

Nici nu mai vorbesc despre faptul, că Maghiarul, ca ***colonist,***

peste tot nici n'a primit pământ, însă foarte mulți Români național-țărăniști au obținut și câte 16 jugăre de membru. Nu mai vorbesc nici despre aceea, că dela coloniștii maghiari, (desconsiderând cu desăvârșire prețul de cumpărare, complect achitat de dânșii), au expropriat din mica lor proprietate partea de peste lotul-tip. Dimpotrivă, îi atrag atenția d-lui Alexandru Vaida asupra faptului, că de exemplu în jud. Severin, în comuna maghiară Igazfalva, au fost luați în tabloul celor îndreptățiți la împroprietărire numai 2·68% dintre locuitori, în comuna maghiară Bodófalva 6·28%, iar în comuna maghiaro-germană Bethlenháza numai 2·91%; dimpotrivă, locuitorii comunelor pronunțat național-țărăniste din împrejurimea acestor comune maghiare, au fost luați în tablou în Hezeriș 22·68%, Cliciova 17·92%, Leucușești 20·27%. Și îndreptățiții la împroprietărire din comunele maghiare, se plâng de geaba. Când s'au compus tablourile, li-s'a spus îndreptățiților, cari și-au terminat stagiul militar: „nu vă luăm în tablouri, pentrucă tatăl vostru are destul pământ". Însă când tablourile din vorbă au devenit valide, atunci au expropriat dela părinți partea de peste 5 jugăre, astfel că acum se află nu numai o singură familie, în care tatăl are 3 băeți, cari și-au terminat serviciul militar – deci sunt îndreptățiți la împroprietărire – și i-a rămas numai 5 jugăre de pământ.

De sigur, și d-l Vaida știe, că locuitorii comunei Hărău din jud. Hunedoara, sunt în majoritatea lor absolută, aderenți însuflețiți ai Partidului Național Țărănesc. În hotarul acestei comune, înainte cu zeci de ani, economii maghiari din Deva au cumpărat 117 jugăre de izlaz, pe care deasemenea l-au stăpânit zeci de ani. Cu ocazia reformei agrare, s'a expropriat dela economii maghiari din Deva atât pământ, cât a fost numai posibil, ba chiar și mai mult, izlazul din Hărău însă, a fost lăsat în proprietatea și stăpânirea lor. Țăranii din Hărău nu s'au sinchisit mult de decisia comitetului agrar, ci au ocupat pur și simplu proprietatea Maghiarilor. Atunci economii maghiari s'au adresat din nou Justiției, care a dispus reîmproprietărirea lor. După aceasta, economii maghiari au încercat să-și folosească pământul. Au ispășit amar acest fapt, pentrucă unul dintre ei, Molnár Péter, a fost ucis și înecat în Mureș, iar ceilalți au fost bătuți aproape mortal de către țăranii din Hărău. Au trecut doi ani dela această întâmplare, și de altfel atât de agila Siguranță,

Poliție și Parchet, nici până în ziua de azi n'a arătat vre-un rezultat în cauză. Economii maghiari din Deva s'au adresat din nou Justiției, care după desbateri îndelungate, a decis, acum pentru a treia oară, reîmproprietărirea lor. După aceasta s'a întâmplat, că factorii administrativi competenți, — referindu-se la un pretins ordin mai înalt — au declarat, că la caz de lipsă, cu forță armată vor zădărnici executarea sentinței judecătorești.

E necesar să mai continuăm ?

*

La 29 Novembrie 1912, d-l Alexandru Vaida a rostit un mare discurs în parlamentul maghiar. În acest discurs, între altele, a declarat următoarele :

„Coloniștii maghiari sunt tocmai ca planta dintr'o odaie încălzită, pe care o poți ținea sub sticlă, îi poți da în permanență o temperatură corespunzătoare, ca să se desvolte ; poporul nostru însă e ca bradul sălbatic dela munte și să mă credeți, când va veni rândul liberei concurențe, noi vom ieși învingători asupra acelora, cărora le-a stricat alintarea guvernului".

Aceste cuvinte de aceea aș dori să le amintesc d-lui Alexandru Vaida, spre a-l ruga, să aibă încredere în convingerea-i proprie, ce a propagat-o în trecut ; să stea ca bradul sălbatic dela munte, mândru și puternic, și între sărmanele plante din odaia încălzită, care de mult nu sunt ținute sub sticlă ; să fie mândru și de cuvintele sale, și să nu mai facă atât de cinic astfel de declarații batjocuritoare, cari încetul cu încetul, ne face să credem, că în situația schimbată, și d-sa a devenit un brădișor corcit.

Die erste grosse Zusammenkunft des Ungartums mit seinen Stammesverwandten nach dreitausend Jahren.

Von: **Dr. Stephan v. Csekey,**
ord. Professor der Universität Dorpat,
Direktor des Ungarischen Wissenschaftlichen Instituts in Dorpat.

Ein ausserordentlich interessantes und vom kulturellen Standpunkte aus bei weitem kein bedeutungsloses Ereignis wird sich in kurzer Zeit in Ungarn abspielen. Am 10. Juni 1928. wird der *III. finnisch-ugrische Kulturkongress* vom ungarischen Kultus- und Unterrichtsminister Grafen Kuno *Klebels-*

berg eröffnet. Das aus Finnland und Estland, die nach dem Weltkrieg ihre Selbständigkeit errungen haben, ferner aus der Reihe der auf dem Gebiete Sowjetrusslands lebenden finnisch-ugrischen Völker mit etwa achthundert Teilnehmern zu rechnen ist, kann ruhig behauptet werden, dass das Ungartum seit dem Verlassen der Urheimat nie mit einer so grossen Anzahl seiner Stammesverwandten zusammengekommen ist. Das Zeitalter, in dem das finnisch-ugrische Urvolk in seiner sich zwischen den Flüssen Kama, Oka und Bjelaja von der Mittelwolga bis zum Uralgebirge erstreckenden Urheimat beisammen lebte, wird auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Forschungen auf etwa zweieinhalb- bis dreitausend Jahre angesetzt. Seither hat jener Volkssplitter, aus dem sich nach jahrhundertelangen Gestaltungen und langwierigen Wanderungen das Ungartum entwickelte, südwestlich von der Urheimat ein beständiges Staatsgebilde gegründet, während die Finnen und Esten, die sich ihre urheimatlichen Sprach- und Rasseneigenschaften reiner bewahrt hatten, in Nordosteuropa festen Fuss gefasst haben.

Ein wunderliches gemeinsames Schicksal wurde in Europa den finnisch-ugrischen Völkern zuteil. Vom Gesichtspunkte der Zukunftsaussichten unserer Rasse ist es vielleicht nicht ohne Interesse, zu bedenken, dass das europäische Gebiet Russlands am Anfang des IX. Jahrhunderts grösstenteils von finnisch-ugrischen Völkern bewohnt war. Wohin sind sie alle diese Völkerschaften geraten, wann sind sie verschwunden? Sie wurden teils durch den Mongolensturm vertrieben, teils von der Slawenflut aufgesogen. Es ist, als würde auf diese Frage durch das ungarische Einkindersystem und die Unfruchtbarkeit der finnisch-estnischen Rasse eine Antwort gegeben. Die rassig und geistig hervorragenden finnisch-ugrischen Völker (Liven, Kuren usw.), die tapfer in ewigen Kämpfen standen, wurden vom Slawentum, welches hinsichtlich der Rasse und der Kultur unbedeutender, aber zahlenmässig überlegen war, verdrängt. Von der Geschichte wurde den Finnen und Esten in Nordeuropa dieselbe grosse Aufgabe gestellt, wie den Ungarn in Mitteleuropa. Sie dienten Jahrhunderte hindurch Asien gegenüber als Schutzwälle der germanisch-romanischen Zivilisation in Europa.

Der grosse Gelehrte der Völkerkunde, Friedrich *Ratzel,* schrieb in der ersten Auflage seiner weltberühmten „Völkerkunde" (Leipzig und Berlin 1885–88, 2. Aufl. 1894–95) die

folgenden bedeutsamen Worte: „Wenn von den grossen Völkerfamilien unseres Erdteils die Rede ist, spricht man meist nur von Germanen, Romanen und Slawen. Dass die Wissenschaft in Europa eine vierte Gemeinschaft geschaffen hat, die Völker der finnischen Familie, darf heute nicht mehr unberücksichtigt bleiben. Der Gedanke des alten Zusammenhanges finnischer Völker wird seine Wirkung auf das allgemeine geistige Leben der Stämme, die sie umfasst, nicht verfehlen. Träger dieser Idee sind die Finnen, Esten und Magyaren, die drei zivilisiertesten dieser Familie ..." (2. Aufl. Bd. II. S. 749.)

Ein Menschenalter ist verflossen, seit *Ratzel* diese Worte schrieb, und doch ist die Zusammengehörigkeit der drei finnisch-ugrischen Völker nicht Gemeingut der europäischen öffentlichen Meinung geworden. Der Grund dafür ist aber vor allen Dingen in uns selbst zu suchen. Die Vergangenheit sollte uns lehren, dass es höchst notwendig ist, zuerst uns und unsere Kultur gegenseitig kennen zu lernen, und dann dafür Sorge zu tragen, dass der hohe Stand unserer Kultur und unsere Wechselbeziehungen auch von den anderen Völkern der Kulturgemeinschaft anerkannt werden. Der einzige aufsteigende Weg kleiner Völker ist vorgezeichnet durch das seelische Gleichgewicht, den geistigen Wert und die Kulturgrösse. Ihre Zukunft hängt von geistigen und moralischen Bedingungen und von der Tatsache ab, inwiefern sie infolge der Einschaltung in die allgemeine europäische Kultur durch ihre spezifischen Werte nachzuweisen vermögen, dass sie auch in den Weltrelationen ein hochwertiges Leben zu entfalten imstande sind.

Als ausserordentliche Manifestation des Gesagten wünscht die diesjährige grosse Kulturbewegung der finnisch-ugrischen Völker zu dienen. Vom 20–22. Juni 1921 wurde in Helsingfors, der Hauptstadt Finnlands, der erste *Allfinnische Pädagogenkongress* abgehalten, der schon damals in Wirklichkeit zum Feste der verwandten Völker erhoben und zum ersten finnisch-ugrischen Kongress umgestaltet worden war dadurch, dass an diesem ausser Finnen und Esten fünf ungarische Delegierte mit aktiver Mitarbeit teilnahmen. Drei Jahre darauf versammelte er sich schon als *II. finnisch-ugrischer Kulturkongress* in Reval (Tallinn), der Hauptstadt Estlands, am 19–21. Juni 1924. Dieser hatte schon siebzig Teilnehmer aus Ungarn; und während von den in die Sowjets eingekeilten finnisch-ugrischen Völkern am

ersten Kongress nur ein zürjenischer Lehrer erschienen war, hatten 1924 auch die Ingermanländer, Karelier und Zürjenen ihre Vertreter abgesandt. Anlässlich des zweiten Kongresses hat Paul Graf *Teleki,* der als Vertreter der ungarischen Regierung erschienen war, im Namen seiner Regierung den *III. finnisch-ugrischen Kulturkongress* zur Tagung im Jahre 1927 nach Budapest eingeladen. Dieser wurde aber wegen der allgemeinen Parlamentswahlen in Finnland, die in den ersten Julitagen stattgefunden haben, auf den Sommer dieses Jahres verschoben.

Ein alter Traum unserer nordischen Brüder wird in Erfüllung gehen, wenn sie aus der Heimat der weissen Sommernächte ihre Scharen in gedrängten Reihen in das Land ihrer heissblütigen südlichen Stammesbrüder entsenden werden. Einst, nicht einmal so lange zurück, zur Zeit ihrer Knechtschaft sehnte sich ihre Seele nur geheim nach dem Vaterlande grösserer Kultur, der ungarischen Nation. Heute werden die befreiten Stammesvölker von dem gepeinigten, zerfleischten Ungarn an die Brust gedrückt. In seiner heutigen Einsamkeit muss das Ungartum jede ihm gereichte Hand entgegennehmen, sollte sie auch von einem noch so kleinen Volke dargeboten werden. Wenn man in Erwägung zieht, dass in unserem Rechtsstreite vor dem hypokritischen Rat des Völkerbundes vor kurzem die Vertreter eben derjenigen Staaten (Deutschlands, Italiens, Polens und Finnlands) es gewagt haben, von unserem Recht Zeugenschaft abzulegen, die durch das Gefühlsband der Freundschaft an uns geknüpft sind, dann ist es klar, dass das Kultur- und Gefühlsband auch politischen Wert besitzt.

Ungarn soll das Möglichste tun, um den Glauben unserer finnisch-ugrischen Stammesbrüder an die uralte und überlegene Kultur des Ungartums nicht zu erschüttern. Im Gegenteil: sie sollen die überzeugende Kraft der ungarischen Kulturüberlegenheit nach dem fernen Norden und Osten Europas heimbringen. Einen grossen Fehler des Ungartums stellte jene Erstarrung und Zurückgezogenheit dar, die es auch infolge der unglücklichen Ehe mit Österreich vor der innigeren Geistesberührung mit der grossen Welt abgeschlossen hat. Es gilt schon als geschichtliche Lehre, dass dieser Umstand eine der Ursachen bildete, weshalb wir von dem Areopag in Trianon mit einem so schweren Urteil belangt worden sind. Die Finnen und Esten sind rührige Völker, verwandt mit den legendären Wikingern.

Sie leben in den germanisch-slawischen Grenzgebieten als Puffervölker. Auf ihren Territorien treffen die Kulturen verschiedenen Alters und verschiedener Völker zusammen. Die in Ungarn gesammelten Erfahrungen werden von ihnen in ferne Länder und zu verschiedenen Völkern mitgenommen.

Seitens der ungarischen Regierung und Gesellschaft sind grosse Vorbereitungen im Gange zur angemessenen Veranstaltung des Kongresses. Der Vorsitzende und die Seele des Ausschusses ist Professor Paul Graf *Teleki*, Ministerpräsident a. D., dessen Persönlichkeit selbst schon eine Garantie des Erfolges ist. Nachdem er am zweiten Kongress in Reval teilgenommen hat, hat er persönlich inbetreff derjenigen Erfordernisse Erfahrungen sammeln können, die einen solchen Kongress in Wirklichkeit zu einem erfolgreichen und grosszügigen erheben. Aus dem ausserordentlich reichen und vielseitigen Programm sollen einstweilen folgendes erwähnt werden. Am Vormittag des 10. Juni wird die Eröffnung des Kongresses, am Nachmittag ein Volksfest auf der Margareteninsel unter Teilnahme von Gesangschören und Orchestern aus Ungarn, Finnland und Estland usw. und am Abend ein Bankett stattfinden. Am 11 – 13. Juni werden vormittags die Tagungen der vier Sektionen (allgemeine Bildungs und wissenschaftliche; pädagogische; volkswirtschaftliche; Literatur- und Kunstsektion) in der Art abgehalten werden, dass die gleichsprachigen von den ungarischen, finnischen und estnischen Vorträgen zeitlich nicht zusammenfallen und auf diese Weise von allen Interessenten angehört werden können. Ungarischerseits werden Vorträge von den tüchtigsten Vertretern je eines Faches, um allen zugänglich zu sein – hauptsächlich in deutscher Sprache – gehalten. An den Nachmittagen sind Besichtigungen von Museen, Galerien und Ausstellungen, sowie Ausflüge in die nähere Umgebung, abends Aufführungen in der Oper und in Theatern und Konzerte geplant. Am 13. nachmittags wird die Schlusssitzung des Kongresses erfolgen, und am folgenden Tage beginnen die weiteren Ausflüge: in die drei Universitätsstädte, in die Bükk, nach Lillafüred und Diósgyőr, nach dem Plattensee, nach den Bergwerken in der Umgebung von Pécs, nach der Puszta von Bugac und Hortobágy, nach der Weingegend von Nagykőrös und Kecskemét, nach Szolnok, in dessen Umgebung, in Rákóczifalva, wo ein Levente- und Volksfest veranstaltet wird. Das Programm auf dem Lande verspricht besonders abwechslungsvoll zu sein infolge der Opferwilligkeit und der traditionellen Gastfreundschaft der ungarischen Städte und Gemeinden.

Ebenfalls ist dem unermüdlichen Eifer des Grafen *Teleki* jenes Sammelwerk zu verdanken, welches im Umfange von 340 Seiten und mit unzähligen kü stlerischen Bilderanlagen im Verlage der Königlich Ungarischen Universitätsdruckerei über Finnland und Estland in prachtvoller Ausstattung erschienen ist. Die inhaltsreichen Artikel dieses Sammelwerkes wurden teils von in Finnland und Estland tätigen oder früher tätig gewesenen Gelehrten, teils von solchen Fachmännern verfasst, — lauter Ungarn, — die auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen mit den dortigen Verhältnissen gut bekannt sind. Dieses, eine Lücke ausfüllende Werk trägt zur Erkenntnis der Brüdervölker ausserordentlich viel bei und erhöht das Interesse für den Kongress zu Hause in gesteigertem Masse. Diesem Zwecke will auch jener bescheidene Band dienen, der vom Verfasser dieser Zeilen unter der Überschrift „Északi irások" (Nordische Schriften) im Verlage Studium zum Kongress erscheinen wird, ferner seine Broschüren: „A kisebbségi kulturautonómia Észtországban" (Die Kulturautonomie der Minderheiten in Estland) von der Franklin-Gesellschaft herausgegeben und „A finn és észt jogrendszer" (Das finnische und das estnische Rechtssystem) im Verlage der „Magyar Közigazgatás" (Ungarische Verwaltung) und endlich jener Sammelband von 500 Seiten, der in deutscher, estnischer und französischer Sprache unter der Überschrift „Aus den Forschungsarbeiten der Mitglieder des Ungarischen Wissenschaftlichen Instituts in Dorpat" (Bibliotheca Hungarico Estica Nr. 7—10) anlässlich des Kongresses in dieser nordischen Universitätsstadt herausgegeben wird. Ausserdem bemühten sich die Mitglieder des Ungarischen Instituts in Dorpat durch verschiedene Artikel, die in Ungarn, in den von Ungarn abgetrennten Gebieten der Sukzessionsstaaten, in Amerika, in Finnland und Estland erschienen sind, die Kulturbeziehungen zwischen Ungarn und den Brüdervölkern zu stärken.

Zutreffend wurde es in Reval anlässlich des zweiten Kulturkongresses in einer Tischrede vom Grafen *Teleki* hervorgehoben, dass diese imposante Manifestation des finnisch-ugrischen Selbstbewusstseins nicht von Politikern oder volkswirtschaftlichen Faktoren, sondern von Gelehrten und Pädagogen ausgelöst worden ist, und ihre Wurzel tief in den Seelen der Völker sitzt. Der bleibende Wert und die ausserordentliche Bedeutung des III. finnisch ugrischen Kulturkongresses in Budapest wird gerade darin liegen, dass er als Pfeiler der zwischen den vor drei Jahrtausenden geschiedenen Brüdervölkern zu erbauenden Brücke dienen wird, welche weder von der politischen Opportunität, noch dem wirtschaftlichen Interesse, sondern ausschliesslich von dem Gefühl der höheren Geisteskultur und der Rassenzusammengehörigkeit gespannt wird.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.